deshalb als unbestritten, weil wir sicher zu sein glaubten, das „wir“ bezieht sich jetzt auch wieder auf ehemalige DDR-Bürger, daß die Großmächte ihre Interessensphären gegeneinander zuverlässig abgesteckt hatten. Alle Konflikte, die es in den Nachkriegszeiten gegeben hat, fanden ihre Begrenzung durch den jeweiligen Machtbereich des anderen politischen Blocksystems.

Wir werden heute von berufenen Sachkennern einen Überblick über die verschiedenartigen Konzeptionen vermittelt bekommen, die in der Bundesrepublik Deutschland damals im Blick auf die Zukunft des geteilten Deutschlands entwickelt wurden. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen müssen, wie man mit der politischen Verpflichtung des Grundgesetzes umgegangen ist. In der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es ja bekanntlich: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir werden auch etwas von der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der deutschen Frage in den ersten Nachkriegsjahren hören. Noch immer wird darüber gestritten, ob Stalin zu einer bestimmten Zeit tatsächlich bereit gewesen sein könnte, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Ich danke denen, die uns heute genauer informieren wollen, für Ihre notwendige Aufklärungsarbeit. Noch immer wuchern ja manche Legenden, durch die wir zum Kern der historischen Wahrheit durchstoßen müssen, wenn wir unsere Vergangenheit im geteilten Deutschland aufarbeiten wollen.

In der Hoffnung, daß uns dies heute ein Stück gelingt und wir auf unserem Weg ein Stück weiter kommen, möchte ich den ersten Vortragenden bitten, nach vorn zu kommen, und zwar Herrn Professor Dr. Horst Möller, den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Prof. Dr. Horst Möller: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Wir wissen durch die Zugänglichkeit vieler Quellen sehr viel über die Motive der beteiligten Politiker, Parteien und Gruppierungen an der Deutschlandpolitik der 1950er und 1960er Jahre. Viele der zentralen Quellenbestände sind veröffentlicht, beispielsweise in der großen Adenauerausgabe aus Rhöndorf, in den Veröffentlichungen der Fraktionsprotokolle von FDP und SPD bei der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die Veröffentlichung der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung für die Zeit zu Beginn der 1950er Jahre und andere Veröffentlichungen. Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich in ungefähr einer halben Stunde auf die zahlreichen Einzelheiten, die wir jetzt durch die Veröffentlichungen genauer wissen, eingehe oder auch im einzelnen eingehe auf die zugänglichen Akten zur auswärtigen Politik der beteiligten Westmächte; die der damaligen Sowjetunion liegen in dieser Form, wie es für die Westmächte gilt, bisher immer noch nicht vor. Auf der anderen Seite gibt es auch hier inzwischen einzelne Erfolge in der Erforschung wesentlicher Grundprobleme. Auf ein Beispiel gehe ich nachher noch ein. Es

geht mir im folgenden im wesentlichen darum, die Grundlinien der Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren bis zu Beginn der 1960er Jahre darzustellen, weil ich meine, daß manche der Streitfragen, auch die, die der Vorsitzende eben erwähnt hat über das Jahr 1952, sich allein schon durch eine angemessene Berücksichtigung der grundlegenden historischen Voraussetzungen zumindest relativieren, wenn nicht erledigen.

Zwei Faktoren, meine Damen und Herren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine Beteiligung deutscher Stellen an der Entwicklung der deutschen Frage nach 1945 oder auch an außenpolitischen Entscheidungsprozeßen insgesamt resultierten aus der Entwicklung dieses Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, das heißt, diese Möglichkeiten setzten die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übriggeblieben war: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt für lange Zeit die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Wir müssen also davon ausgehen, daß nach 1945, so unklar viele alliierte Konzeptionen und so uneinheitlich sie auch waren, zunächst einmal keinerlei Interesse, weder in West noch in Ost, daran bestand, einen deutschen Nationalstaat in dieser Form schnell zu reorganisieren, wie er bis 1945 oder auch bis 1933, um ein Datum vor der NS-Herrschaft zu nehmen, bestanden hatte. Und welche Wirkungen das in der politischen Mentalität hatte, das sehen Sie ja bis heute, etwa in der Veröffentlichung der Thatcher-Memoiren, daß also die Bereitschaft auch auf westlicher Seite, hier zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik beizutragen, ja bis in unsere Tage hinein nicht überall gleichermaßen gut entwickelt war. Auch die Initiativen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand waren in der Wiedervereinigungsphase ja zumindest mißverständlich.

Damals, nach 1945, trat ein wesentliches mentales Element hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen relativ schnell den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne muß man die **Deutschlandpolitik** immer in engem Konnex zur **Westintegration** der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft, ich meine das zunächst einmal in einem politischen Sinn, bevor ich es in einem militärischen Sinn meine, berücksichtigen. Insofern ist die Westintegration der Bundesrepublik ein sehr viel komplizierterer Prozeß gewesen, als es in vielen vordergründigen Diskussionen erscheint, die immer nur auf die Frage der militärischen Integration, der EVG-Verträge oder der NATO konzentriert sind. Es handelt sich vielmehr um einen vielschichtigen

Prozeß mit einer Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher, auch psychologischer Faktoren und eben auch von Wertsetzungen.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete die Bundesregierung seit 1949 ihre Deutschlandpolitik. Im folgenden werden Konrad Adenauer und die Bundesregierung deswegen eine stärkere Rolle erhalten als die anderen Politiker und Parteien, nicht weil sie geringzuschätzen seien, sondern deswegen, weil Adenauer zunehmend zur dominierenden und entscheidenden Figur der deutschen Politik in diesen Fragen wurde. Wir müssen, um die Beurteilung für die Zeit nach 1949 angemessen vornehmen zu können, aber ganz deutlich sehen, daß es zwischen 1945 und 1949 zwar Möglichkeiten zur politischen Diskussion gab, daß es eine Vielzahl auch außenpolitischer Konzeptionen innerhalb und außerhalb der Parteien gab, daß diese Konzeptionen aber mehr oder weniger theoretisch blieben. Von einer Außenpolitik im praktischen Sinne kann, zumindest bis 1949, nicht die Rede sein, und dies ist deswegen so wichtig, weil es auch die Frage, welchen Handlungsspielraum die Bundesregierung und der Bundestag nach 1949 besaßen, ganz entscheidend prägt. Diese frühen Diskussionen über Konzeptionen der Außenpolitik sind sicher auch von historischem Interesse. Sie sind auch von Interesse, weil sie die Fronten innerhalb der Parteien klären, weil sie die konzeptionellen Überlegungen wieder aufnehmen, die es über deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert gegeben hat, die immer wieder in späteren Phasen aktualisiert worden sind. Beispielsweise das Neutralismuskonzept, das der FDP-Politiker Pfleiderer 1953 vertrat, ein Konzept, das zum Teil Bezug nahm auf ältere Konzepte deutscher Außenpolitik aus den 1920er Jahren, zielend auf eine Neutralität Deutschlands zwischen verschiedenen Machtgruppierungen, ich will für diese Zeit nicht von Blöcken sprechen. Auf der anderen Seite spielte es für Konrad Adenauer und andere Politiker durchaus eine Rolle, sich aus diesen Determinanten klassischer deutscher Außenpolitik der 1920er Jahre zu lösen, weil man der Meinung war, sie hätten in eine Sackgasse geführt, in eine Sackgasse, die zu einer Schaukelpolitik Deutschlands zwischen Ost und West führte, zu einem Sonderweg nicht nur außenpolitischer, sondern auch innenpolitischer Art, und die immerhin den Weg in die Diktatur mitbedingt hat. Das heißt also, bei denen, die von dem Neutralismuskonzept nichts wissen wollten, spielte die Verinnerlichung der historischen Erfahrung Deutschlands im 20. Jahrhundert eine ganz entscheidende Rolle. Es handelt sich hier nicht bloß, wie man manchmal geneigt ist anzunehmen, um kurzfristige tagespolitisch motivierte Entscheidungen, sondern durchaus um langfristige oder mittelfristige, historisch reflektierte politische Weichenstellungen.

Man muß sich auch zweitens bewußt sein, daß nach der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland zwar in einem weitergehenden, auch im einzelnen praktischen Sinn von Außenpolitik die Rede sein konnte, daß aber auch 1949 noch kein grundsätzlicher Handlungsspielraum zu

vollkommen anderen außenpolitischen Konzeptionen bestand. Die Einschränkungen ergeben sich nicht nur aus der Vorgeschichte, die im Frühjahr 1948 im wesentlichen beginnt. Das Jahr 1947/48 ist in gewisser Weise ein Epochenjahr für die Weichenstellung nach Westen, für die Absicht der Westalliierten, die drei Westzonen zu einem Staat oder immerhin staatsähnlichen Gebilde auszubauen, als Antwort auf das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa. Ich rufe nur in Erinnerung im Februar 1948 den Staatsstreich der Kommunisten in der Tschechoslowakei, der vielen Beobachtern damals als eine Wiederholung, wenn auch mit ideologisch anderem Vorzeichen, des Hitlerschen Einmarsches und der Hitlerschen Tschechoslowakeipolitik erschienen ist und insofern die Notwendigkeit im Westen klar machte, daß hier eine Gegenreaktion erfolgen mußte. Ich will jetzt auf die einzelnen Schritte, die diese Gegenreaktion immer wieder provoziert haben, nicht eingehen. Nur ein besonders spektakuläres Beispiel will ich für die spätere Zeit nennen, 1950 den Korea-Krieg, der im Westen als Schock empfunden wurde und der nicht nur in der frühen Bundesrepublik selbst, sondern auch bei den Westmächten sehr schnell die Überlegung reifen ließ, daß Deutschland für die westliche Verteidigung notwendig sei. Schon 1950 haben beispielsweise Churchill und de Gaulle, de Gaulle wohl sicher als erster französischer Politiker zu der Zeit, Überlegungen für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag angestellt. Diese Situation, in der man auf westlicher Seite, weltweit von Korea bis zur Tschechoslowakei, die Erfahrungen der Jahre 1948 bis 1950 machte, das heißt, ein Vordringen der Sowjetunion fürchtete, stärkte ganz naturnotwendig nicht nur bei der Bundesregierung, sondern beispielsweise auch bei dem Oppositionsführer Kurt Schumacher die Überlegungen, der Westen müsse verteidigungsbereit sein und die Bundesrepublik könne sich dem nicht entziehen. Die Bedrohungssituation muß ernstgenommen werden.

Ernstgenommen werden für die Determinanten der westdeutschen Politik nach 1949 muß auch die Vorgeschichte, in der die Westalliierten der Londoner Sechsmächte-Konferenz im Frühjahr 1948 auf das Vordringen der Sowjetunion reagierten. Als dann die Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 an die deutschen Ministerpräsidenten überreicht wurden, war der Weg in einen westlich orientierten Staat zunächst erst einmal vorgegeben. Die Reaktion der deutschen Ministerpräsidenten auf diese Vorgaben war durchaus situationsangemessen insofern, als man die damit verbundenen Risiken für die innerdeutsche Entwicklung durchaus sah. Es war aber nicht so, daß in der Ministerpräsidenten-Konferenz die auf die Übergabe der Frankfurter Dokumente der Westalliierten reagierte, eine parteipolitisch einheitliche Meinung geherrscht hätte. Beispielsweise gab es auf seiten der SPD etwa die Reaktion von Carlo Schmid für Württemberg-Hohenzollern, der sagte: Wenn wir diesen Weg gehen, dann schlagen wir die letzte Chance aus der Hand, zu einer deutschen Einheit zu kommen. Es gab auf der anderen

Seite Ernst Reuter, ich konzentriere mich jetzt auf die SPD, der sagte: Wir haben gar keine andere Möglichkeit, wir müssen die Westzonen wirtschaftlich stärken, wenn wir je die Chance haben wollen, auf die Sowjetzone zu wirken. Dieses ist eine Diskussion gewesen, die quer durch die großen politischen Parteien dieser Zeit ging, und man kann nicht sagen, daß die eine Partei so und die andere so gedacht hätte. Es gab unterschiedliche Stimmen, die sich, das muß man sagen, der Schwere des Problems durchaus bewußt waren. Man kann hier aber auch sehen, daß die spätere Formulierung der Politik der Stärke, die ja immer als eine Politik bloß Adenauers angesehen wurde, zu diesem Zeitpunkt eine Politik war, die auch von anderen geteilt wurde. Die berühmte Magnettheorie findet sich eben schon in den Formulierungen Schumachers, Magnettheorie insofern, daß man sagte, wenn die westlichen Zonen wirtschaftlich stark und attraktiv sind, dann werden sie einen Sog auf die sowjetische Zone ausüben. Diese Annahme verfolgte damals nicht nur Ernst Reuter, sondern auch Konrad Adenauer, der damals nicht zu den Ministerpräsidenten gehörte, aber eben auch Kurt Schumacher. Diese Weichenstellungen bis hin zu den Verfassungsberatungen und den Grundzügen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland waren Schritte zur ideellen und politischen Westintegration, schon bevor die Bundesrepublik im staatsrechtlichen Sinne gegründet war. Die Widerstände, die sich im Frühsommer 1948 gegenüber den Militärgouverneuren entwickelten, trafen auf eine sehr harte und unwirsche Reaktion, insbesondere bei General Clay, die die Bedenken der Ministerpräsidenten zurückwies. Auch dieses muß man ganz deutlich betonen, weil es zeigt, daß, zunächst einmal für das Jahr 1948, die Westalliierten jedenfalls nicht bereit gewesen wären, eine andere Politik als die der Westintegration zuzulassen.

Nun ist dieses keine Aussage darüber, was die Deutschen wollten, ich sagte ja, es hat sich sehr schnell ein Konsens der Westalliierten und der westdeutschen Bevölkerung über die politischen Grundweichenstellungen, was die Integration in eine demokratische, in eine Gemeinschaft demokratischer Staaten angeht, herausgebildet. Es korrespondierten zum Glück, und das war ganz anders als nach 1918/19, die westalliierten Vorgaben mit der verantwortlichen Entscheidungsbildung der führenden westdeutschen Politiker aller demokratischen Parteien in der Übergangsphase zwischen 1945 und 1949. Trotz vieler Einflußnahmen, die etwa auch am englischen Beispiel nachweisbar sind, auf die Grundgesetzberatungen, ist es eine Verfassung geworden, die die politischen Repräsentanten der Westdeutschen aus freien Stücken schufen, mit Einwirkungen auf die Finanzverfassung, auf die föderative Strukturierung des neuen Staatswesens usw. Aber es gab hier keinen grundsätzlichen Dissens. Aber man muß betonen, wenn es den gegeben hätte, wäre der Spielraum für die deutsche Politik in dieser Frage gleich Null gewesen. Und dieses muß man

berücksichtigen, wenn man für die Zeit nach 1949 fragt, welche Alternativen es zu der dann tatsächlich verfolgten Politik gegeben habe.

Konrad Adenauer hat diesen Zusammenhang in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 ganz klar beschrieben. Vor dem Deutschen Bundestag hat er u. a. ausgeführt: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen... Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören." Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der neue Bundeskanzler damals 1949, und man könnte fast sagen, es hätte auch 1989 gesagt sein können: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht."

Es ist ausgeschlossen, daß ich nun im folgenden, nachdem ich diese Grundlagen ganz kurz skizziert habe, auf die einzelnen Stationen eingehe, die für die Deutschlandpolitik der nächsten zehn/fünfzehn Jahre entscheidend sind. Ich konzentriere mich auf die Grundlinien. Zunächst einmal ist zu konstatieren, daß die oft anzutreffende Meinung, Adenauer sei außerordentlich starr in seiner Außenpolitik gewesen, tatsächlich nicht zutrifft. Nicht nur, wie Peter Siebenmorgen gezeigt hat, daß er der erste war, der seit 1951 den Begriff „Entspannung, Entspannungspolitik" brauchte, man kann sagen, bis in das hohe Alter, bis zu der berühmten Rede auf dem CDU-Parteitag schon als Alt-Bundeskanzler, in der er sagte, die Sowjetunion sei nicht mehr im militärischen Sinne als aggressiv anzusehen, weil sie in den Kreis der friedliebenden Mächte eingetreten sei und den Frieden brauche – also ich zitiere jetzt etwas locker aus dem Kopf – bis hin zu dieser Äußerung eines über 90jährigen zeigt sich eine erstaunliche flexible Reaktion auf politische Entwicklungen. Warum der Eindruck der Starrheit entstehen konnte, das liegt ganz sicher daran, daß die Grundlinien bei Adenauer in der Tat kontinuierlich durchgehalten werden. Die Grundoptionen sind in der Tat bei ihm von Anfang bis Ende identisch, aber ihre Praktizierung ist äußerst flexibel. In Einzelfragen hat er immer wieder ganz flexible Reaktionsfähigkeit gezeigt. Diese Grundorientierung Adenauerscher Außenpolitik ist insofern phänomenal, als sie bereits nach dem Ersten Weltkrieg beginnt. Bei den Reden etwa, die er zur Gründung der Kölner Universität gehalten hat, hat er ganz klar diese Wertorientierung zum Westen, die Versuche, zu einer Verständigung mit Frankreich und den Westmächten schon zu dieser Zeit zu kommen, unterstrichen. Dem wohnte bei Adenauer ganz eindeutig ein antipreußisches Element inne, Preußen im Sinne des alten Hegemonialstaates des Kaiserreichs. Und die Orientierung, die er dort gehabt hat, auch Vorschläge schon 1919 zu einer Wirtschaftsgemeinschaft

mit Frankreich, die damals sicher illusionär waren, hat sich mutatis mutandis durchgehalten.

Diese Verbindung klarer Grundkonzeptionen und Flexibilität in den Einzelfragen ermöglichte es dann der Bundesregierung, Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen sehr flexibel aufzufangen. Ein solcher massiver Rückschlag für Adenauers Politik war beispielsweise das bekannte Scheitern der EVG 1954. Das führte aber nicht zu einer Änderung des außenpolitischen Kurses, zumal dann, dieses ist sicher ein Glücksfall für Adenauers Politik gewesen, den er nur ganz begrenzt beeinflussen konnte weil situationsbedingt, Alternativen zur EVG im Gesamtrahmen dieser kontinuierlich verfolgten Politik der Westintegration möglich waren. Dazu gehörten auch die mit dieser alten Preußenanimosität des Rheinländers, der einer Region entstammte, die in Preußen im 19. Jahrhundert sozusagen mehr oder weniger zwangsintegriert wurde, einhergehende immer stärkere Betonung, daß der Gegner nun Asien sei, und seine bekannten Animositäten bis hin zu den schönen Anekdoten, daß, wenn er als Präsident des preußischen Stabsrates nach Berlin fuhr, bei Braunschweig immer die Vorhänge zuzog, weil er sagte, hier beginne Asien, oder die Bemerkung über seine Backenknochen, er habe asiatische Vorfahren, eine Großtante, die im Harz wohne. Diese Bemerkungen zeigen – selbst wenn sie nicht authentisch sind, sind sie gut erfunden –, daß hier mit der Westorientierung durchaus eine Ablehnung dessen, was er als Gegnerschaft zu den westlichen Werten ansah, erfolgte, und natürlich hatte dieses nichts zu tun mit den Völkern oder Staaten Asiens, sondern mit der kommunistischen Herrschaft der Sowjetunion, die für ihn eine barbarische Herrschaft war.

Adenauers Option für ein liberal-demokratisches System westlichen Typs unterlag angesichts dieser von ihm bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den Kalten Krieg zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Dies galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsformen des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für seine außenpolitische Lagebeurteilung, zu der die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich ebenso gehörte wie die Ablehnung eines Neutralitätskurses, einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost, und es galt ebenso für seine Einkreisungsangst, die er wie viele deutsche Politiker seiner Generation, auch solche ganz unterschiedlicher politischer Orientierung, hatte; die Einkreisungsangst nämlich derjenigen, die die Zeit vor dem ersten Weltkrieg noch im Gedächtnis hatten und die meinten, wenn sich Deutschland nicht eindeutig orientiere, und das konnte in diesem Fall nur eine Westorientierung sein, dann bestehe wieder einmal die Gefahr, daß Rußland und Frankreich sich auf Kosten Deutschlands verständigten. Solche Einkreisungsängste mögen für diese Zeit nicht mehr sehr realistisch gewesen sein, aber sie sind Prägungen einer Generation, für die dieses noch

gegenwärtige Bedeutung hatte. Diese Konzeption Adenauers paßte zunehmend in die weltpolitische Konstellation, wie sie sich durch die Trennung in zwei Gruppen der Besatzungsherrschaft, in die sowjetische Besatzungszone und die drei westlichen Besatzungszonen, entwickelte. Da Adenauer eine solche Westorientierung nicht mit einem Gesamtdeutschland gehen konnte, ging er, und ich meine, er konnte ihn nicht anders gehen, allein mit dem dann entstehenden westdeutschen Teilstaat, wobei man immer wieder betonten muß, daß sein unmittelbarer Einfluß auf die Politik, trotz vieler Einflußnahmen vorher, aber sein starker Einfluß ja erst 1949 beginnen konnte. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge, auf die kommt es an, und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit allen Westmächten, aber insbesondere mit Frankreich, einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwieriger erreichbar war als die Verständigung mit der angelsächsischen Welt, etwa mit den USA, da Frankreich, eben anders als die USA, unter der NS-Besatzungsherrschaft gelitten hatte und im übrigen auch nach 1945 in unmittelbarer territorialer Nachbarschaft aber auch wirtschaftlicher Konkurrenz zu Deutschland stand.

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland, welche Konzeption man auch immer zugrunde legen wollte, in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem grundgesetzlich vorgegebenen fortbestehenden Anspruch auf die deutsche Einheit ab. Und diese grundsätzliche Problematik, dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis bildete dann auch die wesentliche Ursache für den Streit der politischen Parteien über die einzelnen Schritte der Westintegration der Bundesrepublik. Doch betraf, zu diesem Zeitpunkt, der Streit der Parteien nicht das Ziel der Wiedervereinigung, im wesentlichen nicht einmal die Tatsache der Westintegration, sondern den bestmöglichen Weg dorthin, der die deutsche Frage eben so lange wie möglich offen halten würde. Der Grundkonsens der demokratischen Parteien, der in der Präambel des Grundgesetzes kondensiert war, wurde nicht in Frage gestellt. Es ging um die Frage des Weges, nicht des Ziels.

Bestand zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bis kurz vor dem Abschluß des sogenannten Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in der Gestaltung der Deutschlandpolitik wie der Westintegration keine wesentliche Differenz, so zeigten sich zur Konzeption der SPD, die bis 1952 entscheidend von Kurt Schumacher bestimmt war, dann erhebliche Differenzen.

Schumachers Vorstellungen waren in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Überzeugungen geprägt. Daß die Reorganisation Europas in seinen Augen stärker von konservativen und kapitalistischen Elementen bestimmt wurde als von sozialistischen, brachte Schumacher dann seit 1948/49, verstärkt nach der Wahlniederlage oder der Wahl, die von ihm als Niederlage empfunden

wurde, in eine Frontstellung zur Westintegration, obwohl er, und auch das muß immer wieder betont werden, so bis 1948/49 nicht eingestellt war. Er war durchaus auch zu dieser Zeit ein Anhänger der Westintegration. Der Zug zur stärkeren Betonung der Programmatik verstärkte sich naturgemäß bei der SPD, als sie dann nach 1949 in die Opposition kam und insofern an der wirklichen Gestaltung der Außenpolitik viel weniger beteiligt war als die Regierungsparteien. Man muß auch betonen, daß es durchaus Übereinstimmung der Adenauerschen und Schumacherschen Konzeptionen zu Anfang gegeben hat, die auch in manchem bis zum Tode Schumachers erhalten blieb.

Beide, Adenauer und Schumacher, waren dezidiert antikommunistisch. Schumacher sprach von den Kommunisten als von den „rotlackierten Faschisten". Beide waren überzeugte Verfechter der Magnettheorie, also der wirtschaftlichen und politischen Attraktivität und Stärke der Bundesrepublik, die dann die Sowjetzone notwendig an sich ziehen würde, und beide, in dem wohlverstandenen friedlichen Sinn, also nicht im militärischen, waren Anhänger einer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion – was nicht zu verwechseln ist mit irgendwelchen militärischen Aggressionsabsichten. Der Punkt, warum man hier immer einen Gegensatz gesehen hat, liegt sicher an vielen, ganz individuellen charakterlichen Unterschiedlichkeiten der beiden, liegt an dem Temperament, der spezifischen Lebenssituation Schumachers und den dadurch provozierten sehr scharfen Attacken auf Adenauer, die aber viele, in der Frühphase, zumindestens bis 1951, doch noch bestehende Übereinstimmungen überdeckt hat.

Der wesentliche Unterschied Schumachers zu Adenauer lag in zwei Punkten: In einem war er illusionär. Illusionär in bezug auf die Möglichkeiten, Europa als eine vom demokratischen Sozialismus dominierte Kraft zwischen den Blöcken zu etablieren. Er wollte durchaus eine westliche Integration, aber er wollte im ideologisch verfassungsmäßigen, wirtschaftspolitischen Sinn durchaus ein Mittelding. Dieses ist eine Inkonsequenz seiner Politik gewesen, weil an der Ablehnung aller Varianten des Kommunismus bei ihm kein Zweifel besteht. Der zweite wesentliche Unterschied zu Adenauer war seine Unbeweglichkeit in bezug auf die USA, denen er sehr viel skeptischer gegenüberstand, und zwar deswegen, weil er sie als die Vormacht des Kapitalismus betrachtete. Aus dieser ideologischen Ablehnung sind bei ihm immer wieder auch außenpolitische Resultate entstanden, die ihn unbeweglich machten.

Man muß dazu sagen, was die Illusionen angeht, die ich erwähnt habe, Schumachers Politik traf auf keine Gegenliebe bei den sozialistischen Parteien der westlichen Staaten. Guy Mollet etwa hat verschiedentlich beklagt, daß Schumachers Form des Auftretens die deutsche Sozialdemokratie in den Geruch des Nationalismus bringe. Man bestritt nicht seine Integrität, aber

selbst die französischen Sozialisten verhandelten lieber mit anderen Politikern als mit dem Führer der Sozialdemokraten.

Was folgte daraus für die Praxis? Schumacher betonte sehr viel stärker als Adenauer den im Bonner Grundgesetz angelegten Provisoriumscharakter des westdeutschen Staates. Schumacher kritisierte im wesentlichen nicht die Westbindung, sondern die Form und manche Inhalte dieser Westbindung, so daß man sagen kann, bis 1952, bis zu seinem Tod, gab es immer noch ein Stück Grundkonsens. Das Auseinanderentwickeln der SPD-Position und der der damaligen Regierungsparteien beginnt zwar in den letzten Lebensmonaten Schumachers, aber es wirkt sich erst nach 1952 voll aus. Für diese Zeit, bis 1957/58, gibt es in der Tat einen grundlegenden Dissens über sehr viele Fragen, obwohl man auch hier nicht unterschätzen soll, daß es auch Gemeinsamkeiten gibt. Die SPD-Opposition stimmt beispielsweise den Römischen Verträgen zu, mit vielen Kritikpunkten. Aber Kritik an den Römischen Verträgen gab es auch beispielsweise innerhalb der CDU bei Ludwig Erhard über viele wirtschaftspolitische Strukturen der Römischen Verträge.

Also nur für diesen Zwischenraum wird man davon sprechen können, daß es eine mehr oder weniger grundsätzliche Opposition der SPD zur Regierung gegeben hat, die über die Gestaltung von Einzelfragen hinausging.

Für Adenauer andererseits und die Bundesregierung insgesamt blieb zwischen 1949 und 1955 das vorrangige Ziel die Wiedererringung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung und der staatlichen Souveränität der Bundesrepublik. Dieses Ziel suchte er durch schrittweise Erweiterung des deutschen Handlungsspielraumes zu erreichen. Das Petersberger Abkommen vom 22.November 1949 stellte den ersten Schritt in diese Richtung dar. Ihm fogte dann der am 18. April 1951 geschlossene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dieses ist nun das erste Beispiel, daß Schumacher wirklich voll auf Konfrontationskurs geht, weil er hier durchaus einmal deutsche Benachteiligung sieht, zum anderen aber einen Vertrag zwischen kapitalistischen Mächten. Im übrigen stand Schumacher hier keineswegs dominierend in der Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, denn eine sehr starke und gewichtige sozialdemokratische Minderheit um Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter beispielsweise hielt diese Verträge im Prinzip für richtig.

Einen weiteren Meilenstein, der dann allerdings auch zu Problemen innerhalb der Koalition führte, bildete der Deutschlandvertrag. Er stieß sowohl bei der FDP als auch in Teilen der CDU auf Kritik. Der Widerstand richtete sich vor allem gegen die sogenannte „Bindungsklausel“ im Artikel VII, Absatz 3 des Vertragswerkes, der für den Fall der Wiedervereinigung den automatischen Eintritt des wiedervereinigten Deutschlands in die Rechte aus dem Deutschlandvertrag vorsah. Einer der Opponenten in der CDU, der

wesentliche, war Bundesminister Jakob Kaiser, weil er in dieser Klausel eine Möglichkeit für die sowjetische und sowjetzonale Propaganda sah, die Echtheit des Willens der Westmächte und der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung zu bestreiten.

Bedrohlicher für die Politik des Kanzlers in dieser Frage war jedoch die Opposition durch den eigenen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano. Adenauer entschloß sich in dieser Sackgasse, Brentano zum amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu schicken, um gegebenenfalls eine Neuformulierung zu erreichen. Die neue Fassung, formuliert von dem New Yorker Völkerrechtler Philip Jessup, hob die automatische Bindung eines künftigen Gesamtdeutschland auf, so daß der Koalitionsstreit darüber beizulegen war. Brentano stimmte dieser Fassung dann zu.

Ähnliche Vorbehalte gegen den „Bindungsautomatismus“ formulierte damals auch die FDP, deren Widerspruch anfangs keineswegs nur aus der – nach Nichtberücksichtigung Dehlers bei der Kabinettsbildung 1953 – entstandenen persönlichen Gegnerschaft zwischen dem ehemaligen Bundesjustizminister und Adenauer resultierte. Diese Gegnerschaft, die ja sehr persönliche Züge trug, wirkte sich politisch erst nach der Mitte der 50er Jahre aus, 1957/58, wie auch die berüchtigte Abrechnung Dehlers mit Adenauer über die vermeintlich 1952 versäumten Chancen keine Einschätzung Dehlers aus dem Jahre 1952 wiedergibt, sondern erst Jahre später von ihm formuliert worden ist. Es gibt in seinem Nachlaß Belege dafür, daß er sich das Material erst vor dieser Rede hat beschaffen lassen. Es ist also eine retrospektive Argumentation gewesen.

Adenauers Bestreben, die volle staatliche Souveränität zurückzugewinnen, manifestierte sich in der Änderung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954. In Artikel 1, Absatz 2 hieß es ausdrücklich: „Die Bundesrepublik wird die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.“ Der deutschlandpolitische Vorbehalt, demzufolge die alliierten Mächte für Angelegenheiten zuständig blieben, die Deutschland als Ganzes bzw. Berlin betrafen, blieb aber in Kraft, ebenso die militärische Präsenz der drei Westmächte. Der letzte Schritt zur Erringung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Innen- und Außenpolitik wurde dann bekanntlich mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 getan. Aber auch hier spielte weiterhin der deutschlandpolitische Vorbehalt faktisch eine Rolle.

Bis 1954 bestand in der Frage der Verwirklichung dieser Politik kein grundlegender Dissens innerhalb der Koalition, d.h. zum wichtigsten Koalitionspartner, zur FDP, die im November 1952 auf ihrem Parteitag in Bad Ems den Zusammenschluß der freien Völker Europas, positive Anstrengungen zur Entspannung in Ost und West und nicht zuletzt auch die Ratifizierung der

EVG-Verträge und des Deutschlandvertrages forderte. Bis hier also Einigkeit.

Anders von diesem Zeitpunkt an die SPD: Sie opponierte inzwischen grundsätzlich gegen den Abschluß der Europa-Verträge, da die Bundesregierung nicht legitimiert sei, so weitreichende militärpolitische Vereinbarungen zu treffen. Im Falle der Verabschiedung dieser Verträge kündigte die Partei vorsorglich an, eine Revision anzustreben. Die Wahlniederlage 1953 erschütterte dann die SPD derart, daß ihre Desorientierung in der Deutschland- und Außenpolitik eher noch wuchs. Allerdings muß man auch sehen, daß sich ab 1954/55 der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Westverträge abzuschwächen begann, daß beispielsweise in der Frage der Wiederbewaffnung Fritz Erler und andere Politiker, besonders er, großen, konstruktiven Einfluß auf die Gestaltung der Militärpolitik nahmen. Auch die eindeutige Unterordnung des Militärischen unter das Politische ist durchaus ein Ergebnis der konstruktiven Zusammenarbeit, hier der Militärpolitiker oder Verteidigungspolitiker, gewesen.

In der Logik der deutschland- und außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung und in der Logik der westalliierten Politik und der Westintegration war es dann nur konsequent, sich durch Stalins Notenoffensive im Frühjahr 1952 nicht irritieren zu lassen. Auf die Einschätzung, hier sei durch die Bundesregierung eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, will ich hier nicht näher eingehen. Herr Wettig wird ja darüber noch sprechen. Nach meiner Einschätzung, lassen sie mich das so deutlich sagen, handelt es sich hier um eine periodisch wiederkehrende – und eher aus politischen als aus wissenschaftlichen Gründen – wiederkehrende Hypothese, die dann schließlich, und Herr Wettig hat nun in seinen wichtigen Beiträgen im Deutschland Archiv einen wesentlichen Schritt dazu getan, ausschließlich aus den Akten des sowjetischen Außenministeriums oder des Politbüros verifiziert oder falsifiziert werden könnte. Ich meine, daß der Beitrag von Herrn Wettig nun doch eindeutig in Richtung auf die Falsifizierung dieser Hypothese hinausläuft. Trotzdem muß man für die historische Beurteilung einige Punkte sich immer wieder klar machen. Die sowjetischen Noten waren ja tatsächlich nicht an die Bundesregierung gerichtet, sondern an die drei Westalliierten. In der Ablehnung stimmten zwar Adenauer und die Westalliierten überein, aber wie wir aus den Akten der Westmächte inzwischen wissen, selbst wenn Adenauer hätte stärker darauf eingehen wollen, hätten die Westalliierten dieses nicht getan. Bis heute muß man eben realistischerweise von einer „Legende der verpaßten Gelegenheiten“ sprechen. Und es überrascht eigentlich für Historiker schon, daß bei dieser Hypothese eigentlich ein normaler Grundsatz der Quellenkritik schon außer acht bleibt, eben der zu fragen: Was meinte etwa Stalin, was meinten die Kommunisten, wenn sie von freien Wahlen sprachen? Erst einmal ist es nicht so, daß sie in der ersten Note die Wahlen angeboten hätten, sondern

sie haben hinterher dem nicht widersprochen, das ist die Chronologie, die von Bedeutung ist.

Das Zweite ist, was von kommunistischer Seite als freie Wahlen bezeichnet worden ist, haben wir bis 1989 ja immer wieder sehen können, das heißt, jeder Sowjetologe, jeder Kommunismusforscher weiß, wie wichtig die Analyse der Begriffe in diesem Fall ist. Und dieses ist unterblieben, wenn man hier doch recht naiv oder gutgläubig meint, daß man hier die Quellenkritik unterlassen könne. Das Dritte ist, über die freien Wahlen kam es ja bekanntlich zum Streit, über die Frage wurde ja nicht erst 1952, sondern schon seit 1951 intensiver diskutiert, weil es die Sowjetunion ablehnte, diese Wahlen unter UNO-Kontrolle in Gesamtdeutschland durchführen zu lassen, weil sie vorher eine paritätische gesamtdeutsche Regierung bilden wollte, die nach westlicher Auffassung ja überhaupt nicht demokratisch legitimiert sein konnte. Das heißt also, das, was für demokratische Staaten das Normale ist, erst wird die Volksvertretung gewählt, und daraus wird dann eine Regierung gebildet, in unterschiedlichen Formen kann das geschehen, aber jedenfalls die Chronologie darf nicht umgekehrt werden, dieses war für die Sowjets überhaupt kein Thema.

Im übrigen konnte man nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in Berlin und Ostdeutschland oder in der Sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR, wie immer man die Begriffe wählen möchte, 1953 nun wiederum sehen, wie an der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, später an den Reaktionen 1968 auf die Tschechoslowakei, daß die Sowjetunion, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, in keiner Weise bereit war, Staaten ihres Machtbereichs in die völlige Selbständigkeit zu entlassen. Ich betone das so stark, weil zur Bewertung der Einzelfragen es oft ganz hilfreich ist, die Logik und die zwangsläufigen Determinanten für solche politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die Europapolitik, um die es danach ging, nachdem 1955 die erste wesentliche Phase abgeschlossen war, war eine Politik, in der die Bundesregierung und Adenauer persönlich relativ flexibel blieben. Er selbst stimmte sowohl supranationalen Lösungen zu, wie sie etwa der Schuman-Plan in bezug auf die europäische Montanindustrie enthielt, weil den französischen Wirtschaftsinteressen und dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen wurde. Er stimmte aber auch lockereren Gestaltungsformen wie den Römischen Verträgen von 1957 zu, die die Kompetenzen der einzelnen nationalen Regierungen in wesentlichen Fragen nicht antastete. Wesentlich für Adenauer war, daß er Vertrauen bei den westlichen Staaten dadurch gewann, daß die Politik der Bundesregierung und der Bundesrepublik verläßlich war. Wenn man später von den „vertrauensbildenden Maßnahmen“ für die 70er/80er Jahre gesprochen hat, so muß man sagen, für ihn war das schon in den 50er Jahren eigentlich ein ganz wesentliches Mittel der Politik. Ein Beispiel dafür ist die umstrittene

Saarfrage gewesen, wo er sehr viel flexibler war als die meisten Politiker seiner eigenen Partei, aber auch der FDP und auch der SPD, weil er sagte, die Saarfrage können wir dann später lösen, jetzt müssen wir erst das Verhältnis zu Frankreich klären. Auch hier kam ihm die Entwicklung zugute, ohne daß er sie in diesem Fall besonders hätte beeinflussen können.

Ich will nur noch wenige Bemerkungen zu dem Dissens der Parteien in der Mitte der 50er Jahre machen. Die FDP hat sich dann bis zum Bruch der Koalition im Februar 1956 unverkennbar von einer anfänglichen Europaeuphorie zu einer stärker nationalstaatlich-gesamtdeutschenPolitik hin bewegt, während die SPD, wohl auch unter dem Eindruck der zunehmenden Bejahung des Westkurses in der Bevölkerung – die Meinungsumfragen zeigen das ganz klar – immer mehr von einem bloß negativen zu einem konstruktiven Oppositionskurs zurückfand. Persönlichkeiten wie Fritz Erler, Herbert Wehner, Helmut Schmidt haben ja hier eine wesentliche Rolle gespielt. Ihnen allen ist das noch im Gedächtnis, bis hin zur Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960, mit der die grundsätzliche Opposition der SPD zur Politik der Bundesregierung in bezug auf die Frage der Westintegration und auch der Deutschlandpolitik abgeschlossen wurde. Ich kann jetzt nicht auf die verschiedenen Deutschlandpläne eingehen, die in der SPD formuliert und dann 1960 fallengelassen worden sind, auch nicht auf die von Erich Mende, der, als er auf dem Bundesparteitag der FDP im Januar in Stuttgart 1960 zum Vorsitzenden der FDP gewählt worden war, die FDP wieder an die Bundesregierung und damit an die CDU annäherte.

Ich versuche jetzt, vieles nur noch mit einigen Stichworten zu nennen. Was man mit Stichworten nennen muß, ist die beginnende Ostpolitik in den 50er Jahren, die eben wiederum die Flexibilität in der deutschen Frage zeigt, beginnend mit dem Gespräch mit Smirnow, das Adenauer im Dezember 1957 hatte, bis hin zu den Globke-Plänen, die anvisierten, ob man nicht zeitweise zu einer Art Österreich-Lösung für Deutschland kommen könne; dann die Versuche unterhalb der diplomatischen Anerkennung, die durch die Hallstein-Doktrin ausgeschlossen war, zu Handelsverträgen zu kommen, wie sie etwa der Außenminister Gerhard Schröder damals mit verschiedenen osteuropäischen Staaten abgeschlossen hat. Man muß sagen, von Adenauers Moskau-Besuch 1955 angefangen hat es immer wieder bis zur Berlin-Krise 1958 Versuche gegeben, auch die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung zu bringen. Es hat diese auch nach 1963 in der CDU/CSU-FDP Koalition gegeben. Nur auch hier muß man konstatieren: Man kann eine konstruktive Politik natürlich nur dann machen, wenn sie auf Resonanz stößt. Wenn man denkt, daß der damalige sowjetische Ministerpräsident Kossygin noch 1965 eine Einladung Erhards, also 10 Jahre nach Adenauers Moskau-Besuch, zum Gegenbesuch in der Bundesrepublik ablehnte, dann sieht man die Verhärtungen während des Kalten Krieges und wie gering die Spielräume für Bewegung

waren. Aber der Versuch, Bewegung zu schaffen, ist immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen gemacht worden.

Meine Damen und Herren, haben sie vielen Dank, daß Sie so lange geduldig zugehört haben.

(Beifall – Hinweis: Abg. Koschyk äußert den Wunsch, die schriftliche – ausführlichere – Fassung des Vortrags in den Anhang des Protokolls zu nehmen. Dagegen wird kein Widerspruch laut, so daß die Sitzungsvorsitzende dies zusagt – vgl. Anlage.)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Möller, vielen Dank. Jetzt ohne lange Zwischenrede angesichts der fortgeschrittenen Zeit, aber wir haben Ihnen allen mit großem Interesse und großer Spannung gelauscht, bitte unser Kollege und Mitglied der Enquete-Kommission, Herr Dr. Faulenbach.

Dr. Bernd Faulenbach: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, nicht nur zur Klärung historischer Tatbestände beizutragen, sondern auch die Maßstäbe des Urteils über die jüngste Geschichte zu überprüfen. Hier scheint mir noch vieles zu leisten zu sein. Die Umwälzung 1989/90 hat nicht lediglich eine Fülle von Aktenmaterialien zugänglich gemacht, die es systematisch und methodisch reflektiert auszuwerten gilt, sie hat vielmehr auch unsere Perspektive, in der wir die Nachkriegszeit sehen, verändert. Dies gilt insbesondere für die Deutschlandpolitik, bei der sich die Frage der Maßstäbe neu stellt.

Die Vereinigung zwingt dazu, die Nachkriegsgeschichte nicht nur aus westdeutscher *oder* ostdeutscher, sondern aus west- *und* ostdeutscher Perspektive zu sehen. Man muß offen eingestehen, daß wir uns daran gewöhnt hatten, die Geschichte der DDR und die Geschichte der Bundesrepublik getrennt voneinander zu behandeln. Man denke an die zahlreichen Geschichten der Bundesrepublik und die Geschichten der DDR, etwa das große sechsbändige Werk zur Bundesrepublik Deutschland von Bracher, Eschenburg u. a.

Heute müssen die Westdeutschen versuchen, die Nachkriegsgeschichte auch mit ostdeutschen Augen in den Blick zu nehmen, selbstverständlich gilt dies auch umgekehrt. Die Deutschlandpolitik 1949–1963 mag hier als ein Testfall herangezogen werden, an dem die neue gesamtdeutsche Perspektive zu erproben ist.

Die Deutschlandpolitik dieses Zeitraumes wurde entscheidend von Konrad Adenauer bestimmt, man spricht von einer „Ära Adenauer“. In der alten Bundesrepublik hatte sich zuletzt ein Bild der Adenauerschen Politik durchgesetzt, in dem Adenauer als Politiker galt, der die Nationalstaatsidee für die Deutschen relativiert hatte, der die europäische Integration der Bundesrepublik vorangetrieben und den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik ermöglicht hatte. Selbst prominente Sozialdemokraten, wie etwa Erhard Eppler